



Solidarität

unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

**ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE**
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

Nummer 4

*

solidaritaet@gmx.at

*

Oktober 2025

**Belastungen für die Bevölkerung,
Profitsicherung für die Wirtschaft**



**Protest und Widerstand
sind notwendig!**

Noch mehr Belastungen

Das Budgetdefizit hat nicht die breite Masse der Bevölkerung verursacht:

So haben die türkis-blaue und die schwarz-grüne Regierung der letzten Jahre das Budgetdefizit im Interesse der Wirtschaft verursacht:

- 50 Milliarden Euro Unternehmensförderungen durch Coronahilfen
- 30 Milliarden Euro Bankengewinne in den letzten drei Jahren, davon 11,5 Milliarden Euro allein 2024 (Nationalbank, Die Presse, 9.4.2025) – ohne nur annähernd entsprechender „Übergewinn“-Besteuerung und obwohl die Banken nach der Finanzkrise 2008 auf Kosten der Allgemeinheit gerettet wurden
- 6 Milliarden Euro Gewinn schrieben Österreichs Stromkonzerne zwischen 2022 und 2024. Doch deren „Übergewinne“ wurden nur zu ca. 3% besteuert

Fortsetzung Seite 2

„Wir Europäer“?

**USA, Russland, die Ukraine,
„Sicherheitsgarantien“ – und wo
bleibt Österreich?**

Seit einigen Monaten wird immer mehr und nur von „den Europäern“ geredet. Österreich und seine Neutralität finden nur mehr am Rande Erwähnung.

Das hat seinen Grund. Österreich soll entgegen seiner dieses Jahr bestehenden 70-jährigen Neutralität, wenn es nach den Plänen der EU und dem größten EU-Land Deutschland und unseren Herrschenden in Wirtschaft und Politik geht, auch militärisch noch mehr angeschlossen werden. Wobei die EU militärisch vom USA/NATO-Militärbündnis dominiert wird. 23 der 27 EU-Staaten gehören der NATO an, vier Länder – Irland, Malta, Österreich und Zypern – nicht.

Fortsetzung Seite 3

Metaller-KV

**„Mit die Einmalzahlungen können's
schießen gehen!“**

So lehnte PROGE-Vors. Reinhold Binder völlig zurecht Einmalzahlungen in den KV-Verhandlungen 2023 ab. Heute, zwei Jahre später, sollen Einmalzahlungen ein Erfolg sein?

Der Abschluss weit unter der Inflation bringt bleibende massive Einkommensverluste in den kommenden Jahren.

Die Unternehmer sind zufrieden, loben die „Sozialpartnerschaft“. Die Gewerkschaftsoberen verteidigen den Abschluss. Die Neoliberalen von NEOS und ÖVP sehen einen „historischen Durchbruch“. Auch die Grünen sind dafür. Die FPÖ sagt nichts gegen die Unternehmer, die davon profitieren. Und die SPÖ schweigt dazu zustimmend.

**Nachgeben hat noch nie etwas gebracht – außer
noch mehr Belastungen für die arbeitenden
Menschen.**

Noch mehr Belastungen

- 8 Milliarden Euro schüttete die OMV von 2021 bis 2023 an Dividenden an ihre Aktionäre aus. Auch hier ist die Besteuerung der „Übergewinne“ ein Hohn, greift kaum, zahlt der Konzern quasi aus der Portokasse
- Weitere Steuersenkungen für die Großunternehmer, z.B. Senkung der Körperschaftssteuer (KÖSt) von 25% auf 23%
- 60 Milliarden Euro bis 2032, um das Bundesheer „kriegsfähig“ zu machen. Das jährliche Heeresbudget soll von heuer 4,2 Mrd. Euro bis 2032 Schritt für Schritt auf 10 Mrd. Euro (= 2 % des BIP) angehoben werden. Das kostet in Summe rund 45 Milliarden Euro. Dazu sollen fast 17 Milliarden Euro bis 2032 für Rüstungskäufe kommen (Standard, 10.12.2024). Allein 7 Milliarden Euro davon macht die Anschaffung von Sky Shield aus. Budgetloch? Diese 60 Milliarden Euro werden nicht in Frage gestellt?
https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/lande_sverteidigungsbericht_2023.pdf

So oder ähnlich soll es – Budgetloch hin, Budgetloch her – auch in Zukunft weitergehen. So ist etwa die weitere Streichung von Sozialbeiträgen der Unternehmer, die diese pro Beschäftigtem zahlen (sog. „Lohnnebenkosten“, die ja sowieso von den Arbeitenden erwirtschaftet werden), ab 2027 geplant. Beispielsweise durch die Senkung der Beiträge der Unternehmer zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF). Die „Lohnnebenkosten“ um einen Prozentpunkt zu senken, sorgt für einen Einnahmenschaden für den Staat von 1,6 Milliarden Euro zum Schaden der Familien (Standard, 26.2.2025). Und: Für die Arbeitnehmer:innen bringt eine „Lohnnebenkosten“-Senkung nicht mehr Einkommen, sondern indirekt sogar weniger. So bedeuten FLAF-Kürzungen weniger Familienleistungen des Staates.

Menschen werden belastet – die Wirtschaft, die Verursacher, weiter geschont und bevorzugt

Tagtäglich stellen sich Wirtschaft, Industrie, Militärs beim Staat, bei der Regierung an und halten die Hand auf.

Während bei der Masse der Bevölkerung die hohen Energiepreise bleiben, verlangt die Industrie, dass für den „Standort Österreich“ bei ihr sicherlich nicht gespart werden darf. So will die Industrie vom Staat sogar Geld für die bereits bezahlten hohen Energiepreise zurück (<https://www.diepresse.com/19583118/trotz-budgetfiaskos-die-industrie-will-vom-staat-ihr-geld-zurueck>). Und sie fordert noch mehr staatliche Hilfe: So wollen die Industriellen „am EU-Aufrüstungsplan partizipieren“, wie sie das bei einem „Empfang“ der Industriellenvereinigung für u.a. auch Parlamentsabgeordnete und Regierungsvertreter:innen am 25. September forderten (Kurier, 28.9.2025).

Es handelt sich dabei um eine staatliche Finanzierung der privaten Profitwirtschaft aus unser aller Steuergeld, die auch Profitmachen durch Krieg nicht zurückscheut. Besonders unverfroren ist es, wenn der Chef der Industriellenvereinigung, Georg Knill, gleichzeitig schreit: „Wir sind am Weg zu einer Staatswirtschaft“ (Kronenzeitung, 27.9.2025) und dafür Kürzungen bei Gesundheit, Pflege, Bildung, Föderalismus oder den Pensionen durch eine Erhöhung des Eintrittsalters auf 68 oder 70 Jahre fordert. Unterstützt werden Knill und seinesgleichen dabei von ÖVP-Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer, von „Experten“ und „Expertinnen“ der verschiedenen, jeweils den Wirtschaftsinteressen verpflichteten, Instituten wie WIFO oder IHS oder ganz offen von Wirtschaft und Industrie gesponserten Instituten wie Agenda Austria oder Eco Austria. Sie alle fordern sogenannte „Strukturreformen“. Aber nicht dahingehend, dass die Profitwirtschaft in eine Solidarwirtschaft umgestaltet wird, sondern noch mehr Verschlechterungen für den Lebensstandard der Masse der Bevölkerung bringt.

In Wirklichkeit sollen die Gewinne der Banken, Versicherungen, Energie- und Produktionskonzerne nicht angetastet werden, sondern noch mehr Gelder in die Industrie, sogar für EU-Aufrüstung, umgeleitet werden. Doch genau da läge aber die längst notwendige echte Strukturreform – die höchst notwendige Umstellung der auf Natur-, Umwelt- und Menschen-Zerstörung zur Profitmaximierung ausgerichteten Wirtschaft für die Wenigen auf eine am Gemeinwohl orientierte solidarische Wirtschaft für ein gutes Leben für alle!!

DAS LETZTE

ACHTUNG

Wegen notwendiger

Sparmaßnahmen müssen wir

auch das Licht am Ende des

Tunnels abdrehen!

Ihre Bundesregierung.

DAS ALLERLETZTE

Also sprach Friedrich Merz

Am Ende seiner Rede am CDU-Kongress am 13. November 2024 zum Thema „Wehrpflicht und Gesellschaftsjahr“ sagte Friedrich Merz u.a., in Gegenwart des ranghöchsten Soldat und Generalinspekteur der Bundeswehr Carsten Breuer, an die Jugend direkt gerichtet: Ganz ohne Zweifel ist der Krieg eine einmalige Gelegenheit, die Welt so zu sehen, wie man sie „vielleicht bisher nicht erlebt“ hat. Eine Quelle von unschätzbarem Wert sind daher die Zeugnisse von Menschen, die im Krieg waren, lebend aus ihm zurückkehrten und imstande waren, über ihre Erlebnisse zu berichten (Wehrpflicht und Gesellschaftsjahr / Sicherheit und Zusammenhalt. <https://www.youtube.com/watch?v=rbf2dAYcrE>; Zugriff: 15.11.2024, ab Minute 34:50, zit. aus: <https://www.manova.news/artikel/kandidat-der-kanonen>).

„Wir Europäer“?

USA, Russland, die Ukraine, „Sicherheitsgarantien“ – und wo bleibt Österreich?

Der Versuch der europäischen Kapitalisten der verschiedenen Länder, allen voran der EU-Führung, **Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens** (obwohl nicht mehr in der EU), der baltischen Staatsführungen oder Polens, die europäischen Bevölkerungen kriegstauglich zu machen, d.h. zunächst die enormen Aufrüstungskosten ohne Widerstand zu schlucken und später sogar gegen Russland (in Konkurrenz zu den USA) in den Krieg zu ziehen, nimmt immer deutlichere Formen an.

Der kriegsgeile Militäranalyst Gady hat es auf den Punkt gebracht: Wenn man von Sicherheitsgarantien für die Ukraine spricht, die die Europäer in der Ukraine erbringen sollen, dann muss man klar sagen, dass das heißt, gegen Russland in den Krieg zu ziehen (ZiB 2, 19.8.2025). https://www.youtube.com/watch?v=pL_MOAKbyol



Tatsächlich scheint es so, dass „die Europäer“ alles daransetzen, Trump wohlgesinnt zu stimmen. Zum Beispiel hat die EU zugestimmt, in den nächsten 3 Jahren Energie aus den USA im Wert von 750 Mrd. Euro zu importieren und für die Aufrüstung der eigenen EU-Länder - nicht (nur) wegen der weiteren militärischen Unterstützung der Ukraine, sondern vor allem wegen der eigenen Aufrüstung gegen Russland und in Konkurrenz zu den USA, um auch anderswo in der Welt eine Rolle spielen zu können – die Rüstungsgüter vor allem in den USA einzukaufen. Das stand scheint's schon im Februar 2025 fest. Deutschland alleine will für die Aufrüstung rund 700 Mrd. Euro in den nächsten Jahren ausgeben (Berliner Zeitung, 17.2.2025). In Europa insgesamt ist noch viel, viel mehr vorgesehen: Laut US-Finanzmärkten wollen die größten europäischen Mächte über die nächsten 10 Jahre fast 3.000 Milliarden Euro für Militär und Aufrüstung ausgeben (Bloomberg Economics, 17.2.2025). Das Kriegsmaterial soll, wie die FAZ schon im Februar wusste, vor allem in den USA gekauft werden (FAZ, 14. und 16.2.2025).

Wie schon bei der Ukraine, wo sich die USA von Anbeginn (seit 1994 ist die Ukraine in der US-NATO-„Partnerschaft für den Frieden“, 2004 – US-organisierte „Orangene Revolution“, spätestens sichtbar 2013/14 mit dem Putsch am Maidan) in Konkurrenz mit der EU/Europa (US-Nuland: „Fuck the EU“) die Ukraine stellvertretend für die USA oder die EU gegen Russland in

Stellung brachten, haben Trump/USA jetzt vor, „Europa“ gegen Russland vorzuschicken: mit Soldaten („Friedenstruppen“) und aus den USA gekauften milliardenteuren Waffen. Damit soll frei nach der alten NATO-Doktrin „Europa“ – also wiederum das stärkste EU-Land, v.a. Deutschland – nieder, Russland weiterhin draußen und die USA in Europa gehalten werden. Die USA demütigen zudem die europäischen Polit- und Wirtschaftsführer, indem sie das nun auch noch vermehrt selbst finanzieren sollen. Und die europäischen Kapitalisten sind bereit, das auf dem Rücken der Bevölkerung in der Hoffnung auf Profite ihrer Konzerne und Staaten in Kriegsbeteiligung und Kriegsgewinn, mit oder in Konkurrenz zu den USA, durchziehen zu wollen. Kriegsschauplatz wäre wieder einmal Europa. Die USA schüren diese Konflikte und spielen sich aufs Neue als „Friedensdealer“, „Friedensbringer“, „Wiederaufbauer“ auf – wie schon zweimal in der Geschichte in Europa (1. und 2. Weltkrieg), wie auch derzeit in vielen anderen Konflikten in der Welt, nach indirekter oder direkter Kriegsteilnahme –, wie z.B. im Irak, in Syrien, im Sudan, bei Armenien-Aserbaidschan, im Kongo. Dort diktieren sie z.B. profitable Rohstoffabkommen bzw. bauen ihre wirtschaftlichen und militärischen Stützpunkte aus.

Trump/USA haben in der Ukraine schon ein umfassendes Rohstoffabkommen für sich erzwungen und sind für eine Weiterführung des Ukrainekriegs. Auch „die Europäer“ setzen auf weitere Rüstungsgeschäfte im fortdauernden Ukrainekrieg, ja befeuern ihn direkt weiter – mit Waffen aus eigener oder aus US-Produktion. Den Schaden hat die ukrainische und die russische Bevölkerung: Soldaten und Zivilisten sterben weiterhin im Krieg. Der Großteil der europäischen Bevölkerung wiederum wird für die Fortsetzung des Krieges, für die Riesenprofite der Rüstungsindustrie, zur Kasse gebeten. Die gesamte europäische Wirtschaft nimmt mehr denn je den Ukrainekrieg zum Anlass nicht nur noch mehr Rüstung in die Ukraine zu schicken, sondern die eigene europäische Wirtschaft aufzurüsten und auf „Kriegswirtschaft“ umzustellen. Weitere Milliardenprofite erhoffen sie sich von einem allenfalls stattfindenden „Wiederaufbau“ in der Ukraine. Dabei ist noch gar nicht ausgemacht, ob nicht auch hier die USA „den Europäern“ das „Geschäft“ vor der Nase wegschnappen.

Österreichs Herrschende wollen uns immer stärker über den „Umweg“ der Beteiligung an der EU-„Verteidigung“, „EU-Armee“ usw. militärisch v.a. an NATO-Deutschland anschließen. Dazu dient etwa die Teilnahme Österreichs am deutsche NATO-Sky Shield-Projekt und die Absicht, die militärischen Systeme mit den (v.a. deutschen) NATO-Waffensystemen zusammenpassend (kompatibel) zu machen. Das steckt hinter Verteidigungsministerin Tanners Propagandalüge von der „Notwendigkeit“ der „Nachrüstung“ zum „Schutz der Neutralität“. Denn tatsächlich geschieht das gerade Gegenteil. Immer offener sagt das auch Außenministerin Meisl-Reisinger, z.B. nach ihrem Besuch in den USA oder in der Ukraine: sie sei dafür, eine Diskussion über die NATO in Österreich zu führen (Die Welt, 26.7.2025).

General Brieger, bis vor kurzem oberster EU-Militärstrategie, will Österreich für EU/NATO-Truppen als Durchmarschgebiet zur Verfügung stellen:

„Österreich hat eine wesentliche Funktion als Land im Herzen Europas wo Transitrouten queren, die für die Verschiebung größerer Truppenkontingente natürlich nutzbar sein müssen ... Es gibt jeden Handlungsbedarf, das österreichische Bundesheer auf diese Herausforderungen einzustellen“. Er *„forciere (eine) europäische Verteidigungsarchitektur, wo auch Österreich dann einen seiner Leistungsfähigkeit adäquaten Anteil erbringen muss.“* Ein Militärbündnis wie die NATO hätte, so Brieger, „zweifel-los militärisch gesehen Vorteile. Das in Europa wirksame Bündnis ist nun einmal die NATO.“ (Ö1, Journal zu Gast, 23.8.2025).

Das alles ohne Widerspruch der anderen ÖVP- und SPÖ-Regierungsparteien. Eine solche Aufrüstungs-Beteiligung an den EU-Kriegsplänen in Abstimmung der EU mit den USA gegen Russland (und in der Folge gegen China?) schützt Österreich nicht, sondern zieht unser Land noch mehr in Konflikte und Kriege hinein. Neutralität verteidigen ja, Teilnahme an EU-, „Europa“-, NATO-, Deutschland-Plänen für Kriege NEIN! Österreich bedroht niemanden und wird auch nicht bedroht!

Eine Teilnahme an EU/NATO/Deutschland-Kriegsplänen widerspricht der verfassungsmäßig verankerten immerwährenden Neutralität Österreichs – das gefährdet unser Land. So eine Teilnahme an einem de facto EU/Europa/NATO-Militärbündnis ist neutralitätswidrig

und gefährdet unsere Sicherheit. Die immerwährende Neutralität Österreichs ist die Lehre aus der verheerenden, tödlichen Geschichte zweier Weltkriege: Nie wieder Kriegsteilnahme! Neutralität heißt keine Kriegsteilnahme.

Die jetzt von den europäischen Mächten vor sich hergetragene und als Verteidigung hingestellte „Stärkung Europas“ gegen die „verrückten USA“, die „Europa“ allein lassen, und die v.a. in den USA eingekaufte Aufrüstung und europäischer Kriegsvorbereitung gegen Russland, wegen des „wahnsinnigen Putin“, gibt vor, die Sicherheit zum Ziel zu haben. Das Gegenteil ist der Fall.

Einen echten Beitrag zu einer Sicherheits-Friedenspolitik gegen Ost und West für „Europa“ und für Österreich brächte, wenn Österreich seine immerwährende Neutralität nicht weiter aushöhlen, sondern weiter ausbauen, Aufrüstung und Krieg verurteilen und entsprechende diplomatische und ernstgemeinte Waffenstillstands- und Friedensinitiativen setzen würde – statt in das EU/NATO und v.a. Deutschlands Kriegsgeheul einzustimmen.

Das ist höchst neutralitätswidrig und gegen die Verfassung. Wir fordern die auf die Verfassung angelobte Regierung, Verteidigungs- und Außenministerin sowie Militärs auf, diese Aussage zu widerrufen und alles zu unterlassen, die Neutralität auszuhöhlen oder aufzugeben und Österreich so erst in Krisen und Kriege hineinzuziehen! Die SPÖ schweigt und stimmt zu. Die Oppositionsparteien stellen nicht einmal pro forma einen Misstrauensantrag, geschweige dass sie Militärs wie Brieger und andere kritisieren und zum Rücktritt aufrufen.

USA-EU-Deal

Dieses Diktat-Abkommen zieht Österreich noch mehr in die einseitige Energieabhängigkeit von den USA und in die US-Atom- und EU-Kriegspläne hinein.

Österreich kommt damit vom Regen (Abhängigkeit von russischen Energielieferungen) in die Traufe (Abhängigkeit von US-Energielieferungen). Trotz aller wortreichen Empörung in Politik und Wirtschaft duckt man sich und will sogar auf Kosten der Bevölkerung daran mitprofitieren, indem man den Rüstungsstandort Österreich (siehe Artikel an anderer Stelle) ausbaut.

Gleichzeitig ist für die Bevölkerung im täglichen Leben oder im Gesundheitsbereich „Sparen“ angesagt, weil dort die Milliarden fehlen würden. Auch der jüngste KV-Abschluss für die Metallindustrie mit +1,4% weit unter der Inflation (siehe Beitrag an anderer Stelle) zählt dazu, mit Lohn- und Gehaltsraub die Aufrüstungs- und Kriegspläne der Industrie zu Profitmaximierung der Konzerne zu finanzieren.

Selbst das Unternehmerblatt „Die Presse“ schreibt am 29.7.2025: **Die EU riskiert eine teure Energieabhängigkeit von den USA.** Von der Leyen verpflichtete sich, innerhalb von drei Jahren Energieprodukte im Wert von 750 Milliarden Dollar – unter anderem LNG und Kernbrennstoffe – aus den USA zu kaufen. Eine folgenschwere Entscheidung. Noch konzentrieren sich die Reaktionen auf den erzielten USA/EU-Handelsdeal auf die Höhe der Zölle. Doch wesentlich sind auch weitere Teile der Vereinbarung. So hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen darüber hinaus dem Deal zugestimmt, dass die EU-Länder militärische Güter verstärkt von US-Produzenten importieren werden. Außerdem versprach sie 600 Milliarden Dollar zusätzlich an EU-Investitionen in den USA.

Das neutrale und atomfreie Österreich darf diese Pläne nicht hinnehmen, sich insbesondere nicht an Rüstungs- und Atomgeschäften beteiligen und muss verstärkt mit den Ländern des globalen Südens kooperieren.

Schluss mit dem Hunger- und Völkermord in GAZA

An die 65.000 Menschen, davon ca. 2/3 Frauen und Kinder, wurden mittlerweile im Gazastreifen von Israels Kriegsmaschinerie getötet. Altbundespräsident Heinz Fischer sagt, der Überfall der Hamas 2023 rechtfertigt nicht diese Vorgangsweise der israelischen Regierung: „*Er sehe mit "Empörung, in welcher Weise ein Ministerpräsident Netanyahu mit seinem sogenannten Kriegskabinett (...) aus rechtsextremen, ihren Zionismus vor sich hertragenden Regierungsmitgliedern den Krieg gegen die Bevölkerung des Gazastreifens führt"* (Kurier, 7.5.2025) und verlangt von der österreichischen Bundesregierung, nicht länger wegzuschauen.

Unsere Regierung schaut nicht nur weg, sie ergreift mit Neos-Außenministerin Meisl-Reisinger mit Zustimmung von ÖVP und SPÖ einseitig Partei für Israel. Auch die „Opposition“ (Grüne und FPÖ) ist für den Krieg gegen und die Vertreibung der Palästinenser in Gaza und im Westjordanland.

Auch ÖGB und Gewerkschaften schweigen zum Genozid in Gaza. Das ist unerträglich und inakzeptabel für einen ÖGB, der Friedenssicherung und Neutralität in seinen Statuten stehen hat!

Österreichische Firmen wie Rotax liefern Motoren für Todesdrohnen gegen Gaza, „Sicherheitsfirmen“, u.a. auch von Ex-Kanzlern wie Kurz (Cyberfirma Dream, SN

27.5.2025) oder Kern (SN, 12.10.2023) machen mit Kriegstreiber Israel Geschäfte.

Die USA, aber auch die EU-Länder heucheln, dass sie Frieden in Nahost wollten. Doch ohne US-Militärhilfe, ohne US-Waffen, ohne EU-Wirtschaftsbeziehungen wäre der Krieg Israels gegen die Palästinenser und andere Staaten im ganzen Nahen Osten im Interesse v.a. der USA nicht möglich, wäre schnell vorbei. Israel ist – wie es schon der frühere SPÖ-Kanzler Kreisky sagte – der „Flugzeugträger“ der USA in Nahost.

Was wir wollen:

- Ein neutrales Land wie Österreich muss alles tun, Kriege sofort zu stoppen und für sofortige humanitäre Hilfe, Waffenstillstand und Friedensverhandlungen eintreten
- Schluss mit dem Völkermord in Gaza und der Vertreibung der Palästinenser aus Gaza und dem Westjordanland.
- Schluss mit Lieferungen an Israel für ihre Kriegsmaschinerie
- JA zum Ausbau des Sozialstaates statt Aufrüstung für Kriege
- JA zur immerwährenden Neutralität und Unabhängigkeit Österreichs
- JA zu Waffenstillstand und Friedensverhandlungen – gegen die Kriegstreiber in Ost und West

Dieses Flugblatt verteilten wir bei verschiedenen Demos.

Hintergrundinfos in unseren Soli-Zeitungen:

<https://prosv.at/zeitungen>

Kongress zum jüdischen Antizionismus

Über 1.000 antizionistische Jüd:innen und Nichtjüd:innen versammelten sich vom 13.06 bis 15.06. 2025 in Wien zu drei Tagen mit Vorträgen und Workshops im Rahmen des Kongresses. In der Folge ein stark gekürzter Auszug der Erklärungen des Kongresses:

Die Referent:innen und Organisator:innen des Kongresses erklärten in ihrem öffentlichen Aufruf u.a.: Wir stellen uns „gemeinsam mit allen Palästinenser:innen – in Palästina und im Exil – gegen den Zionismus und seine Verbrechen, darunter Völkermord, Apartheid, ethnische Säuberungen und Besatzung. Wir bekräftigen das Recht der unter Besatzung lebenden Menschen, sich [mit allen Mitteln zu wehren](#), wie es in mehreren UN-Bestimmungen anerkannt ist“...., Wir verurteilen vorbehaltlos alle Kriegsverbrechen, die Israel seit dem 7. Oktober 2023 begangen hat, darunter ethnische Säuberungen, militarisierte Apartheid, Urbizid, Scholastizid, Medizid, Massenhungersnot als Mittel zur Zwangsvertreibung von mehr als zwei Millionen Bewohner:innen des Gazastreifens sowie einen andauernden Völkermord an Hunderttausenden – eines der schlimmsten Kriegsverbrechen unserer Zeit. Diese Taten wurden bereits vom IStGH und vom IGH als solche anerkannt, obwohl der Staat Israel die Forderungen beider Gerichte rundweg abgelehnt hat. Ebenso hat er

zahlreiche Aufforderungen sowohl der UN-Generalversammlung als auch des Sicherheitsrates abgelehnt. Infolgedessen sind derzeit etwa zwei Millionen Zivilist:innen in einem winzigen Gebiet des Gazastreifens eingesperrt, ohne Zugang zu Nahrung, Wasser, Medikamenten, Unterkünften oder medizinischer Versorgung. Diese neuen Verbrechen sind nur die jüngsten in einer endlos langen Geschichte ähnlicher Vergehen, die bis ins Jahr 1948 zurückreichen. Trotz wiederholter Verstöße gegen Resolutionen der UN-Generalversammlung und des UN-Sicherheitsrates sowie umfangreicher Berichte von UN-Sonderberichterstatter:innen wurden gegen Israel nie Sanktionen verhängt. Keines dieser Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit hätte ohne die aktive und enthusiastische Unterstützung der westlichen Mächte – durch militärische Hilfe, finanzielle Unterstützung sowie politische und diplomatische Deckung – unter der Führung der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, des Vereinigten Königreichs, Kanadas, Australiens und Neuseelands durchgeführt oder aufrechterhalten werden können. Indem sie einen kriminellen Staat, der Völkermord begeht, unterstützen und bewaffnen, tragen diese Regierungen gemäß der Völkermordkonvention von 1948 eine rechtliche und

Fortsetzung Seite 6

moralische Verantwortung. Wir fordern alle Staaten und Gesellschaften auf, ihren Verpflichtungen gemäß der Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes nachzukommen und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den anhaltenden Völkermord in Gaza zu beenden.“ Bezüglich Sanktionen forderten die Kongressteilnehmer u.a. auch die „Suspendierung Israels aus der Generalversammlung der Vereinten Nationen...“, von der EU forderten sie u.a. „das Abbrechen der Geschäftsbeziehungen mit Israel...“ Ohne solche Maßnahmen „wird Israel seinen Massenmord an

Palästinenser:innen“ fortsetzen. Ebenso verurteilten die Kongressteilnehmer Israels Angriffe auf den Iran. U.a. forderten sie „die Vereinten Nationen auf, als Reaktion auf Israels unprovokierte und illegale Angriffe auf Teheran und andere iranische Städte sowie auf die Massenmorde an Zivilisten sofortige und umfassende Sanktionen zu verhängen. Diese Sanktionen müssen auch auf die westlichen Regierungen ausgedehnt werden, die Israels anhaltende internationale Verbrechen durch militärische und politische Unterstützung fördern und begünstigen“. Siehe: <https://www.juedisch-antizionistisch.at>

Drohnen aus Israel, Motor aus Österreich

Das Bundesheer schafft vorerst 315 Magni-X-Drohnen an. Dies soll aber erst der Anfang sein, wie Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) mitteilt. Es gebe noch eine Option auf 300 weitere derartige Drohnen. Das Heer kauft die Drohnen bei der deutschen Niederlassung des israelischen Konzerns Elbit (Konzernumsatz ca. 6 Milliarden Dollar). Der Kauf umfasst die Drohnen selbst, ein Ausbildungspaket sowie Ersatzteile. Die ersten 15 Stück sollen im September ausgeliefert werden. Die weiteren Drohnen werden in Tranchen zu 100 Stück geliefert. Die Beschaffung derartiger Aufklärungsdrohnen ist Teil des Aufbauplans des Bundesheers, ÖBH 2032+. Es handelt sich um faltbare Drohnen des Elbit-Konzerns. Zwei Typen werden angeschafft, 2 Kilo und 3 Kilo schwer. Interessant noch ist der Motor für die Drohnen, der kommt aus Österreich! Doch dazu siehe unten.

Israels Armee verwendet vorwiegend eine andere Drohne, die Kampfdrohne Hermes 900, auch vom Konzern Elbit hergestellt. Die Kampfdrohne Hermes 900 heißt auf Hebräisch „Stern“. Sie ist schon seit 2015 in Israels Feldzug in Gaza im Einsatz. Seit 2023 verwendet Israel diesen Typ Drohne durchgehend in seinem Krieg in Gaza. Das schreiben auch israelische Medien!

Westliche Medien schwärmen von dieser Todes-Drohne. „Todes-Drohne! Israel enthüllt die tödliche Hermes 900 Drohne, die so präzise schießt, dass sie einen Fahrzeuglenker töten kann und die Passagiere auf der Rückbank unversehrt lässt.“

<https://www.thesun.co.uk/news/25123927/israel-drone-hermes-900-aistrikes-war-hamas-gaza>

Israel hat in seinem Krieg und Genozid gegen die Palästinenser in Gaza seit Oktober 2023 mindestens 64.000 Palästinenser getötet, fast 20.000 davon Kinder. Laut UNICEF (Kinderhilfsorganisation der UNO) waren es bis Mai 2025 mehr als 50.000 getötete oder verwundete Kinder in Gaza. Die Abschüsse durch die Hermes Drohne haben dabei eine wichtige Rolle gespielt.

Die Hermes 900 Drohne hat jedoch einen Österreichbezug!

Der Motor der Hermes Drohne, Rotax 914, wird von der österreichischen Firma BR Rotax-Werk AG in

Gunskirchen/Oberösterreich gebaut. Die Kampfdrohne ist 8 Meter lang und eine Tonne schwer. Sämtliche Hermes 900 Drohnen werden, soweit bekannt, vom Rotax 914 Motor angetrieben. Die Kampfdrohne, acht Meter lang und 1 Tonne schwer, wird öfters als reine Spionagedrohne angepriesen, doch das ist unwahr, das ist nicht ihr primärer Verwendungszweck. Sie ist eine tödliche Kriegswaffe!

Die Firma BR Rotax-Werk AG ist Eigentum des kanadischen BRP Rotaxkonzerns (Bombardier Recreational Rotax) mit einem Umsatz 2024 von ca. 10 Milliarden CAD (Canadische Dollar), BR Rotax in Österreich hatte 2024 einen Umsatz von ca. 1,25 Milliarden Euro. Der Konzern verdient gut im zivilen Geschäft, doch für den Krieg zu produzieren ist, wie bekannt, allemal das allergrößte Geschäft, denn z.B. jede abgefeuerte Hermes Drohne, egal ob vom „Absender“ oder vom „Empfänger“ abgeschossen, muss wieder beschafft werden, d.h. solange der Krieg dauert, ein Bombengeschäft. Deswegen ist für die großen Kapitalisten das Investieren in Waffen samt Krieg „der Königsweg“ zu ungeheuren Profiten. Nirgendwo anders können Kapitalisten nur annähernd so viel verdienen wie im Krieg. Und sie brauchen den Krieg als Ausweg aus der Krise.

Der Firmenname Bombardier Recreational Products (BRP) besagt, dass die Firma Produkte für die Freizeit herstellt, z.B. Motoren für Powersport-Fahrzeuge wie Schneemobile, Jet-Skis oder Quads aber auch für Leichtflugzeuge. Der „Freizeitmarkt“ für diese Motoren mag boomen, die Qualität der Motoren ist bekannt. Doch das ist kein Vergleich mit dem Geschäft von Motoren für Kampfdrohnen, den ihre „Haltbarkeit“ ist ja auf einen Tag begrenzt.

BR Rotax liefert seine Motoren an viele kriegsführende Staaten seit vielen Jahren.

Doch dem neutralen Österreich ist der Waffenexport an kriegsführende Staaten verboten! Laut dem Kriegsmaterialgesetz ist es demnach verboten, an diese Staaten Motoren für Raketen ebenso wie für Flugkörper mit Waffenwirkung und deren Antriebskörper zu exportieren.



Gaza-Protest bei den Salzburger Festspielen

Das neutrale Österreich muss den Völker- und Hungermord an den Palästinensern durch Israel voll und ganz verurteilen und entschieden dagegen auftreten. Das war und ist die Botschaft. Hier Infos und Videos.

| Sanktionen gegen Israel

Das systematische Aushungern der Bevölkerung in Gaza muss sofort gestoppt werden. Die österreichische Bundesregierung trägt die politische und moralische Verantwortung, diese eklatanten Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen klar und unmissverständlich zu verurteilen. Österreich muss sich mit Nachdruck für das sofortige Ende aller Kampfhandlungen und die uneingeschränkte Versorgung der Bevölkerung Gazas mit Lebensmitteln, medizinischer Hilfe und weiteren Hilfsgütern einsetzen. Die umgehende Öffnung des Grenzübergangs Rafah sowie der sichere Zugang für humanitäre Organisationen sind unumgänglich. Es kann kein freundschaftliches Verhältnis mit einem Staat geben, der einen Völkermord begeht. Das ist Mittäterschaft.

| Verteidigung der Neutralität Österreichs

Die österreichische Bundesregierung sowie heimische Unternehmen müssen umgehend alle politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verbindungen zu Israel beenden. Solange Israel schwerste Menschenrechtsver-

brechen begeht und das humanitäre Völkerrecht in Gaza systematisch bricht, ist jede Form der Zusammenarbeit eine aktive Mitverantwortung. Es muss umgehend sichergestellt werden, dass sämtliche NATO-Waffentransporte durch Österreich gestoppt werden. Die Lieferung österreichischer Komponenten für israelische Drohnen muss sofort gestoppt werden. Österreich hat sich in seiner Verfassung der „immerwährenden Neutralität“ verpflichtet. Dieser Auftrag ist kein Lippenbekenntnis, er muss ernst genommen und durch entschlossenes Handeln umgesetzt werden. Neutralität heißt: keine Waffen für Krieg, keine Komplizenschaft mit Völkerrechtsbrechern.

| **Schluss mit der Verdrehung des Antisemitismusbegriffs** Die historische Mitschuld Österreichs am Holocaust darf nicht als Rechtfertigung für heutige Verbrechen missbraucht werden. „Nie wieder“ muss für alle Menschen gelten. Israels Vorgehen in Gaza als das zu bezeichnen, was es ist – Genozid und ethnische Säuberung –, ist nicht Antisemitismus, sondern moralische Pflicht. Die Erinnerung an unsere nationalsozialistische Vergangenheit verpflichtet uns dazu, an der Seite der Unterdrückten zu stehen – in diesem Fall an der Seite des palästinensischen Volkes.

<https://www.facebook.com/reel/778977321356686>

Klima:

Von der Lüge der Emissionsgutschriften (CO2-Credits)

Ein Betrieb in Europa, der massenweise CO₂ ausstößt, aber das aus Profitgier nicht ändern will, kauft CO₂ Gutschriften in der Dritten Welt, wo kaum ein CO₂ Ausstoß passiert. Der Betrieb behauptet dann, klimaneutral zu wirtschaften und den Forderungen der weltweiten Klimaziele zu entsprechen, tut dies aber auf Kosten von Gebieten und Menschen, die die Klimaziele nicht im Geringsten schädigen.

Konkret: Volkswagen und die Firma „Soils for the Future Africa“ (SotFA) wollen jetzt in die Weidegebiete und Lebensweise der Massai, einer indigenen Volksgruppe in Ostafrika eingreifen. Mit der Lüge der Behauptung, dem Volk der Massai und dessen Tradition zu dienen, greift diese Organisation in die Zyklen der Wanderungen der Massai mit ihren Herden ein. Die Zyklen der Massai-Wanderungen richten sich nach Regenzeiten, Mondphasen und Wasserquellen.

Volkswagen und SotFA wollen nun solche imaginären Gutschriften erzeugen, indem sie auf rund einer Million Hektar Massai-Land durch neue Regeln zur Weidehaltung berechnen wollen, wie viel CO₂ im Boden gespeichert wird.

Diese Zahlen werden in Zertifikate umgewandelt und an Unternehmen wie Volkswagen verkauft. Der Name dafür ist „Greenwashing“. SotFA verdient ungeheure Summen Geld damit, aber am CO₂ Ausstoß und also am

erwünschten Klimawandel ändert sich absolut gar nichts!“ Auf schönen bunten Seiten und großen Versprechungen im Internet geht SotFA mit Lügen auf Kundenfang.

Den Schaden haben in diesem Fall allein die Massai, die für so ein Projekt das Land nach neuen Regeln nutzen müssten. Sie werden in langfristige Verträge gebunden – oft über 40 Jahre. Viele der Massai-Viehzüchter wissen gar nicht, was sie unterschreiben (sie werden sozusagen übers Ohr gehauen). Die Dokumente sind kompliziert, in einer fremden Sprache und werden oft ohne ausreichende Erklärung präsentiert.

Die Verträge besagen, dass die Massai-Hirten ihr Land nicht nach traditionellen Mustern nutzen dürfen. Stattdessen müssen sie alle zwei Wochen neue Siedlungen errichten, dafür Bäume fällen und ihre Herden nach festen Vorgaben rotieren lassen.

Joseph Oleshangay, ein Aktivist der Massai, berichtete bei Organisationen und Pressegesprächen in Österreich und ganz Europa über die Verzweiflung, die jetzt bei den Massai herrscht.

„Unsere Weidegebiete sind in Ost und West aufgeteilt. Wenn man uns zwingt, alle Tiere in einem Gebiet zu halten, überweiden wir es sofort. Unsere Regeln beruhen seit Jahrhunderten auf dem Mond, dem Klima und den

Wasserquellen – und nicht nur auf dem Grasstand. Was passiert, wenn kein Regen fällt? Was wird dann aus unseren Tieren? Für eine Gemeinschaft, deren Identität seit Jahrhunderten mit Viehzucht verbunden ist, sind solche Eingriffe existenzbedrohend!“

Das Ganze ist ein ungeheurer Betrug an den Hirtenvölkern Tansanias! Und das nur, weil ein europäischer Konzern seinen CO2-Ausstoß des Profites wegen nicht verringern will!!!

Joseph Oleshangay ist nach Europa gekommen, um auf die bedrängte Lage seines Volkes aufmerksam zu machen.

Zusammen mit der „Massai International Solidarity Alliance“ fordert er einen fünfjährigen Aufschub für alle Bodenkohlenstoffprojekte in Hirtenregionen Tansanias. Außerdem soll Volkswagen die Zusammenarbeit mit SotFA beenden. Denn Klimaschutz dürfe nicht auf Kosten derjenigen gehen, die am wenigsten zur Krise beigetragen haben. Der Volkswagenkonzern hat bisher mehrfache Anfragen für ein Gespräch abgelehnt. (Quelle: Der Sonntag, 28.9.2025).

<https://www.dersonntag.at/artikel/landraub-im-namen-des-klimas>

Neutralitätswidriges Abkommen in kriegerischen und demokratiegefährdenden Zeiten

Im Juni 2025 wurden 2.000 Soldat:innen der Nationalgarde auf Anordnung des US-Präsidenten Donald Trump nach Los Angeles geschickt, um Demonstrationen gegen die rigorose Abschiebep Praxis mit Nachdruck aufzulösen. Am 29. September 2025 schreibt Die Zeit: „US- Präsident Donald Trump schickt Soldaten ins demokratisch regierte Portland. Dort herrschten kriegsähnliche Zustände, sagt er. Oregon und Portland klagen gegen den Einsatz der Nationalgarde.“

Die Nationalgarde der USA ist die Reservekomponente der US-Armee und dient der Verstärkung der Streitkräfte durch zusätzliche Kampfeinheiten. Die Einheiten der Nationalgarde unterstehen der doppelten Kontrolle der Bundesstaaten und der US-Bundesregierung. Wenn nun Verbindungen der US-Nationalgarde mit dem Österreichischen Bundesheer bestehen, stellen sich einige Fragen.

Im Rahmen sicherheitspolitischer Gespräche zwischen Österreich und den USA wurde am 15.10.2021 vom österreichischen Bundesheer ein Partnerschaftsabkommen mit der Nationalgarde in Vermont präsentiert. Unterzeichnet wurde das „State Partnership Program“ im Rahmen eines Festaktes von Bundesministerin Klaudia Tanner (BMFLV) im Verteidigungsministerium am 19.7.2022 in Wien. Neben Tanner setzten General Daniel Hokanson, Kommandant der Nationalgarde der Vereinigten Staaten (USA), der Generalmajor Gregory Knight, Kommandant der Nationalgarde Vermont und Generalleutnant Erich Csitkovits, Kommandant der Landesverteidigungsakademie (LVA), ihre Unterschrift unter das „State Partnership Program“. Dessen Inhalt liest sich auf der Homepage des Verteidigungsministeriums so:

„Im Vordergrund steht hierbei der Erfahrungsaustausch. Die Kooperation soll folgende Bereiche umfassen: Antizipation, Früherkennung und Aufklärungsfähigkeit; Abwehr von Cyberbedrohungen, Verteidigung gegen Beeinflussung und Informationsoperationen; Einsatzführung militärischer Kräfte im urbanen Raum und im Hochgebirge; Nutzung von Drohnen und Drohnenabwehr sowie militärische Beratung und Unterstützung. Weiters die Bereiche Militärmedizin und Katastropheneinsatz sowie internationaler Terrorismus.“



Screenshot, ORF-ZIB, 5.10.2025

Das Oberkommando über alle Nationalgardist:innen hat der Präsident der USA. Aber eine Ausübung dieser Macht sollte nur in besonderen Fällen – etwa Gefährdung der nationalen Sicherheit – angewandt werden.

Darüber hat sich US-Präsident Trump hinweggesetzt und die Nationalgarde gegen Demonstranten (Los Angeles) und gegen behaupteter überbordender Kriminalität (Chicago) eingesetzt. Die Gouverneure der betroffenen Bundesstaaten wurden übergangen. Das ist ein bürgerkriegsähnliches Vorgehen. Spätestens jetzt sollte das Abkommen vom neutralen Österreich aufgekündigt werden.

Eine „Partnerschaft“ mit einem Militärbündnis ist mit der Neutralität Österreichs unvereinbar!

Der Beitritt Österreichs zur NATO-Partnerschaft für den Frieden 1994 hat eine Vorstufe militärischer Zusammenarbeit hergestellt und auch immer wieder kontroverse Diskussionen über die Bedeutung der immerwährenden Neutralität ausgelöst. „Experten“ der LVA (siehe oben) gehen davon aus, dass die Neutralität im klassischen Sinn nicht mehr bestünde und eine engere Zusammenarbeit zwischen NATO und EU als „Strategische Partnerschaft“ erforderlich sei. Die überwältigende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung wünscht sich das aber nicht!

Daher Aufkündigung des militärischen Partnerschaftsabkommens mit Vermont!

Eine Anfrage an Frau BM Tanner blieb bisher unbeantwortet!

Zur Abweisung der Klage Österreichs beim EuGH gegen die EU-Taxonomie-Verordnung, die Atomenergie für „grün“ und als Ausweg aus der Klimakrise einstuft:

Atomkraft ist kein Ausweg aus der Klimakatastrophe - Atomenergie ist extrem teuer und nachhaltig tödlich

Atomenergie ist nicht umweltschonend, sondern enorm teuer und tödlich. Das beweist die Vergangenheit, das beweisen die unzähligen Atomunfälle: Windscale/Sellafield, Großbritannien 1957; Three Miles Island, Harrisburg, USA 1979; Tschernobyl, UdSSR/Ukraine, 1986; Fukushima, Japan 2011 - und viele mehr. Trotzdem hat die EU in ihrer Taxonomie-Verordnung (2022) die Atomenergie als „grün“, als "nachhaltig" und als Ausweg aus der Klimakrise fixiert. Dagegen hat Österreich geklagt. Nunmehr hat, wie zu erwarten war, der EuGH diese Klage Österreichs abgewiesen.

Auch die Klage Österreichs gegen EU-Atomförderungen im Sinne der Profitinteressen der (Atom)Konzerne, z.B. gegen das britischen AKWs Hinkley Point C, hat nichts gebracht. So wurde die dem EU-Konkurrenzrecht widersprechende Milliarden-Subventionierung des britischen AKWs Hinkley Point C vom EuGH für zulässig erklärt. Und das sogar nach dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU. Der Grund: weil das auch für die Zukunft in der EU für die EU-Atomkonzerne so höchst profitträchtig ist. Bei Hinkley Point C garantiert die britische Regierung dem Errichter, der französischen EdF, einen Abnahmepreis, der mit der Inflation steigt und außerordentlich hoch über dem Marktpreis liegt. Zudem: Wurden zu Baubeginn die Baukosten mit ca. 21 Mrd. Euro angegeben, schätzt man nun, dass diese am Ende ca. 55 Mrd. Euro ausmachen werden.

Enorme Kostensteigerungen zwischen Baubeginn und Fertigstellung gab es u.a. auch beim Block 3 der finnischen AKW-Anlage Olkiluoto von 4,5 auf 11 Mrd. Euro (https://de.wikipedia.org/wiki/Kernkraftwerk_Olkiluoto, taz, 4.2.2022;) oder beim Block 3 der französischen AKW-Anlage Flamanville, von 3,3 Milliarden auf letztendlich 23,7 Milliarden Euro, wie der französische Rechnungshof (https://de.wikipedia.org/wiki/Kernkraftwerk_Flamanville) im Jänner 2025 feststellte.

Die EU-Taxonomie-Verordnung ist ein weiterer Schritt dazu, die tödliche Atommafia auf Kosten unserer aller Steuerzahlungen und unserer Gesundheit, Sicherheit und unseres Lebens zu subventionieren.

Gleichzeitig hat der EuGH aufgrund einer anderen Klage Österreichs geurteilt, dass die Entscheidung der EU-Kommission, Staatsbeihilfen für das ungarische Atomkraftwerk Paks II zu genehmigen, EU-rechtswidrig ist. Wir begrüßen das ausdrücklich. Allerdings zeigt sich wie der EuGH mit mehrerlei Maß misst: Für die Profite der (Atom-)Konzerne wird das EU-Wettbewerbsrecht außer Kraft gesetzt. Freie Fahrt gibt es so für Milliarden-geldflüsse von Banken zur westlichen Atomindustrie (Taxonomie-VO) und sehr wohl Milliarden EU-Staatshilfe – nicht für Soziales, Armutsbekämpfung etc., sondern für den AKW-Ausbau (z.B. Hinkley Point C, aber auch wie

geplant im tschechischen Temelin und Dukowany). Aber nur, wenn westliche Konzerne das betreiben – nicht, wenn Russland z.B. in Ungarn mit Staatshilfen zum Zug kommt. Wir lernen wieder einmal: „West“-AKWs sind „grün“, „gut“ und ungefährlich, „Ost“-AKWs sind umweltschädlich und gefährlich. **Tatsächlich sind alle AKWs tickende Zeit(Atom)-Bomben, ob in West oder Ost, Nord oder Süd!**

Verschwiegen wird zudem, dass die zivile Nutzung der Atomenergie (Atomstromnutzung) aus der militärischen Atomwaffenproduktion hervorging und aus Atomanlagen

durch Anreicherung wieder waffenfähiges hochradioaktives Material für die Atombombenproduktion hergestellt werden kann.

Österreich hat 1978 per NEIN - Volksentscheid die Atomnutzung abgelehnt, 1999 per Bundesverfassungsgesetz „für ein atomfreies Österreich“

die Teilnahme an der zivilen wie militärischen Atomnutzung verboten, den seit 2021 ratifizierten Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet und sich schon 1955 per Verfassungsgesetz zur immerwährenden Neutralität, somit zur Nichtteilnahme an Militärblöcken, (Atom)-Aufrüstung und Kriegen, also zum Frieden, verpflichtet.

Daher: nicht bloß weitere Klagen beim EuGH überlegen. Die bringen nichts. Vor allem muss Österreich entsprechend dem Volksentscheid von 1978 und den obigen Bundesverfassungsgesetzen endlich aus EURATOM (dem zivil- und militärischen EU-Atomvertrag) sowie aus der Internationalen Atombetreiber-Agentur IAEA austreten!

Schon sofort könnte Österreichs Regierung gemeinsam mit anderen AKW-freien EU-Staaten aktiv werden. Mit einfacher Mehrheit kann z.B. eine EURATOM-Regierungskonferenz einberufen werden, wo Österreich das zum Thema macht. Denn von den 27 EU-Staaten sind 15 AKW-frei, 12 haben AKWs.

- **Atomkraft ist kein Ausweg aus der Klimakatastrophe**
- **Einstellung aller Zahlungen an EURATOM und in die EU-Atomtöpfe**
- **Austritt Österreichs aus EURATOM und IAEA**
- **Verwendung der so jährlich freiwerdenden Millionengelder für Klimaschutz und Soziales**
- **Aktive Neutralitätspolitik statt Teilnahme an EU-NATO-Atom- und Aufrüstungspolitik**
- **Krieg ist der größte Klimakiller**



**rücksichtslose „narren“
regieren die welt
sie nehmen den armen
das brot weg kaufen
waffen dafür und
bombardieren kinder
eine welt geht unter
waffenfabriken boomen
einige häufen reichtum
auf reichtum ohne
rücksicht auf verluste
der anderen die armen
sterben für die reichen die
armen sind überflüssig
aber das ist noch nicht
das ende wir erheben uns
gegen den untergang
es ist dringend alle
kräfte müssen mobilisiert
werden gegen das
unrecht das uns das
leben raubt das wervollste
das wir haben wir stehen
auf gegen den untergang
gegen die „narren“ die uns
niederregieren um jeden
preis sie sorgen sich nicht
um unser leben nur um ihr
geld der verlust von sorg-
falt achtung und rücksicht-
nahme bedeutet tod
der in palästen und gräbern
wohnt beides wohnungen
des todes beides jenseits
unserer bedürfnisse wir
wohnen in unseren gemein-
schaften die uns beleben
und uns tragen über der
bedrängnis durch „narren“
und uns stärken zum
widerstand**

Menschen kündigen, Profite maximieren

Ende August diesen Jahres hat der österreichische Lebensmittel Diskounter Hofer KG angekündigt, etwa 300 Arbeitsplätze, vorwiegend im Bereich der Verwaltung, nach Indien auszulagern.



Begründet wird dieser Schritt von Seiten des Managements mit Umstrukturierungen beziehungsweise Steigerung der Kosteneffizienz. Im Raum steht auch die Auslagerung einzelner Arbeitsplätze an externe Dienstleister.

Statistische Untersuchungen haben jedoch zweifelsfrei bewiesen, dass gerade der Lebensmittelhandel seit der Corona Pandemie im Jahr 2020 zu den Nutznießern der wirtschaftlichen Entwicklung gehört.

Vor Kurzem wurde zudem bekannt, dass große Lebensmittelhändler, über den sogenannten „Österreich-Aufschlag“, wonach in kleineren europäischen Ländern, wie eben auch in Österreich, generell höhere Preise für die gleichen Lebensmittel verrechnet werden.

Wir sind entschieden gegen das Auslagern von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer des globalen Südens einzig und allein zur Gewinnmaximierung großer Konzerne, und fordern daher auch die österreichische Innenpolitik auf, die Wertschöpfung im Land zu belassen.

Das gilt natürlich auch für andere Konzerne wie gerade aktuell auch für KTM, Lenzing, Unimarkt, AUA oder das voestalpine Böhler Bleche-Werk im obersteirischen Mürzzuschlag und viele andere, wo es wegen „Auslagerungen“, oder Schließungen in Summe um die Arbeitsplätze und Existenzen weiterer tausender Menschen geht!



Pensionskürzungen – wer profitiert?

Die Regierung hat beschlossen, im Namen von „Sparen“ auch gegen die Pensionist:innen vorzugehen.

Zuerst wurden die Krankenkassenbeiträge für alle Pensionist:innen um fast 1% erhöht und Selbstbehalte für alle, was wiederum vor allem ältere Menschen betrifft, erhöht. Das bedeutet zusammen eine jährliche Pensionskürzung von rund 350 Millionen Euro. Zudem wurden die Pensionen für ein Drittel der Bezieher unter der Inflationserhöhung angepasst, was jährlich 300 Millionen Euro in die Staatskasse spült. Allein bis Ende der Regierungsperiode sind das mehr als 3 Milliarden Euro. Bei den Pensionist:innen werden somit jährlich ca. 650 Millionen Euro nicht einmalig, sondern auf Dauer geholt, während z.B. die Banken- und Energieabgabe der „armen“ Konzerne auf zwei Jahre befristet sind.

71% der Pensionist:innen erhalten laut Regierung die „volle“ Abgeltung in Höhe von 2,7%. Das wird dann als „sozial ausgeglichen“ verkauft. Tatsächlich ist daran nichts sozial: Erstens macht die aktuelle Inflation schon 4,1% aus. Zweitens ist die Inflation für die niedrigen Einkommen weit höher, mindestens um die 5 bis 7% („Mikrowarenkorb“), weil ja besonders Lebensmittel, Energie, Mieten (siehe dazu Artikel an anderer Stelle) enorm gestiegen sind. Allein die Strompreise sind gegenüber dem Vorjahr durch das Auslaufen der Strompreisbremse um 37% gestiegen. Viele

Lebensmittelpreise sind in den letzten Jahren um 20 bis 50% gestiegen und/oder Mengeninhalte weniger geworden. Entlastung gab es da keine und ist auch keine durch die Regierung, geschweige durch die Lebensmittel- und Energiekonzerne in Sicht.

Während bei Pensionen, Gehältern, Löhnen, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld (Zuverdienst), Gesundheit und Bildung usw. eingespart wird, bekommen die Unternehmer weiter ihre Steuergeschenke:

So dürfen die großen Konzerne die Steuergeschenke der letzten Regierung behalten. Eine Milliarde Euro weniger Gewinnsteuern. Damit ginge sich eine Pensionserhöhung für alle locker aus (Momentum Institut, zit. nach Kurier, 14.9.2025).

Während es für die Pensionen bergab geht, geht es für Rüstung aufwärts!

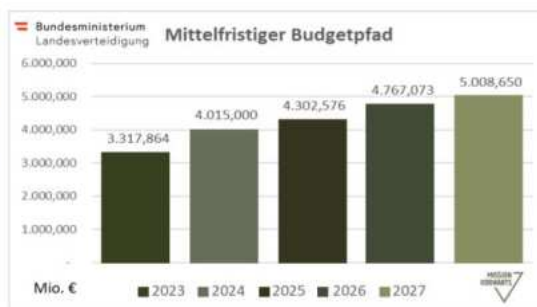
Bis 2032 soll das jährliche Rüstungsbudget von derzeit rund 4,4 Milliarden Euro auf rund 10 Milliarden Euro im Jahr verdoppelt werden (= 2% des Bruttoinlandsprodukts, BIP von dzt. rund 500 Mrd. Euro). Details siehe unter: https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2025/pk0524, 11.6.2025)!

Allein für die Beschaffung von Sky Shield (u.a. Langstreckenraketen – das sind keine Verteidigungs-, sondern Angriffswaffen – was nichts mit der Verteidigung der Neutralität, sondern mit der eklatanten Verletzung der Neutralität zu tun hat) sollen rund 7 Milliarden Euro ausgegeben werden. Im gleichen Zeitraum werden den Pensionist:innen durch die oben angeführten Kürzungen in Summe etwa 5,2 Milliarden Euro geraubt.

„Hier fliegt ihre Pension“



Es geht aufwärts!



16 Milliarden Euro Verteidigungsbudget in den kommenden vier Jahren.

Quelle: Bundesheer

Sozialbetrug durch Unternehmen – 1 Milliarde jährlich!

„Sozialbetrug durch Unternehmen hat System und kostet Milliarden. Erst vergangene Woche haben sich Wirtschaftsvertreter:innen lautstark über „Sozialmissbrauch“ durch Einzelpersonen beklagt. Dadurch sei seit 2018 – also in den letzten sieben Jahren – ein Schaden von insgesamt 135 Millionen Euro entstanden. Gerade weil jeder zweckentfremdete Euro einer zu viel ist, wäre es höchste Zeit, sich den Dimensionen des Sozialmissbrauchs durch dubiose Unternehmen zu widmen. Nur zum Vergleich: **Laut Finanzpolizei beträgt der Schaden für Steuerzahler:innen und Sozialversicherung durch Sozialbetrug von Unternehmen alleine in der Baubranche 350 Millionen Euro – und zwar pro Jahr! Betriebe, die ihre Beschäftigten beim AMS zwischensparen, wälzen ihre Personalkosten auf die Arbeitslosenversicherung ab und reißen dort ein Loch von 700 Millionen jährlich.** Diese Kosten fallen nicht nur der Allgemeinheit auf den Kopf und fehlen im Budget, sie schaden auch allen ehrlichen Unternehmen, die dadurch unfair verzerrtem Wettbewerb ausgesetzt sind.“

Quelle: https://wien.arbeiterkammer.at/service/presse/20250924_Presseunterlage.pdf

So., 26. Oktober 2025

Helft mit! Setzen wir ein Zeichen für
die Neutralität!

ab 10.00 Uhr

70 Jahre NEUTRALITÄT Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme!

Aktionstag, Kundgebung, Flugblattverteilung

Treffpunkt: 1010 Wien, Nähe Burgring 6,
vor dem Eingang Volksgarten zum
Heldenplatz, zwischen Radweg und
Fahrbahn/Straße/Rings

**Abschlusskundgebung
16.00 Uhr**

ORT: Beim Denkmal Dr. Karl Renner (rechts neben
dem Parlament in Richtung Rathaus), Ecke
Stadiongasse, Ringstraße Wien.

Anfragen und Anmeldung bitte an: ggae@gmx.at



**EINLADUNG ZUR KONFERENZ
NEUTRALITÄTSPOLITIK
FÜR FRIEDEN**

24. OKTOBER 2025

VHS-MEIDLING, LÄNGENFELDGASSE 13

Start: 9.30 Uhr

Wir „Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie
und Krieg“ beteiligen uns aktiv an der Konferenz
des Aktionsbündnisses für Frieden, aktive
Neutralität und Gewaltfreiheit, durch Kurzreferat,
Diskussionsteilnahme und Arbeitskreisleitung.
Unter www.abfang.org gibt es das komplette
Konferenzprogramm und die Anmeldung.

**Sa., 18. Oktober 2025, 13.00 Uhr
Demonstration für
Frieden und Neutralität**

Start: 13.00 Uhr; Christian-Broda-Platz, 1060 Wien.
Abschluss: ab 16.00 Uhr, Votivpark, 1090 Wien.

Die „Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie
und Krieg“ nehmen an dieser Demonstration mit
Redebeitrag und Flugblättern teil.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir
im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin
benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Ausbeu-
tung, Unterdrückung, Militarisierung, Atomrüstung,
AKWs, Krieg, Umwelt- und Klimazerstörung usw.
Eintreten für Sozialstaat, Demokratie, Frieden,
Neutralität, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz.

**Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft
erreichen.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion
abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen
Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und
Aktivistinnen und Aktivisten möglich! Alle, die unsere
Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven
Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen – das Redaktionsteam

**Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.
IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650**

**BIC: BAWAATWW; Empfänger*in: GGAE
OESK, Verwendungszweck: Spende**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und
Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie,
Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber
(Verleger) der periodischen Druckschrift
"Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100% der
gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand:
W. Leisch, H. Schriffl, P. Düringer.

**Österreichische Post AG
SM 20Z042140 S**

Gewerkschafter gegen Atomenergie
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Datenschutzerklärung siehe:

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impressum

Unsere Neutralität = unsere Sicherheit

www.unsere-neutralitaet.at



Zeitung nach dem Lesen an Interessierte weitergeben und/oder weitere Exemplare anfordern:
solidaritaet@gmx.at